



HPR aktuell

Redaktion: Reimund Höpfner

Ausgabe April 2009

Berichtsinterne
Stellenausschreibungen im
mittleren Dienst
Seite 1

Weiteres Rollout des IT-
Verfahrens STRAF
Seite 2

Erweiterung der
Fachanwendung AULA
Seite 2

Leistungsbezahlung im
Tarifbereich
Seite 2

Personalentwicklung der
Tarifbeschäftigten in der
Zollverwaltung
Seite 2



Friedrichstraße 169-170
10117 Berlin

Telefon: 030-4081-6600
Telefax: 030-4081-6633
E-Mail: post@bdz.dbb.de
Internet: www.bdz.dbb.de

Bezirksinterne Stellenausschreibungen im mittleren Dienst

Das BMF hat dem Hauptpersonalrat einen Erlassentwurf zur Stellenausschreibung der Dienstposten für den mittleren Dienst der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 zur Zustimmung zugeleitet. In dem Entwurf wird auf die vom Hauptpersonalrat geforderte Durchlässigkeit zwischen den Aufgabenbereichen der allgemeinen Zollverwaltung, des Zollfahndungsdienstes sowie des Bildungs- und Wissenschaftszentrums hingewiesen.

1. Ausschreibung von Dienstposten der Bundesfinanzdirektionen einschließlich deren Hauptzollämter

Zugelassene Bewerber/-innen sind

- alle Angehörigen des Bezirks der ausschreibenden Bundesfinanzdirektion
- alle Angehörigen des Zollfahndungsdienstes, deren Behörde bzw. Dienstsitz (Arbeitsplatz*) im Bezirk der ausschreibenden Bundesfinanzdirektion liegt sowie
- alle Angehörigen des Bildungs- und Wissenschaftszentrums, deren Dienstsitz im Bezirk der ausschreibenden Bundesfinanzdirektion liegt.

2. Ausschreibung von Dienstposten des Zollkriminalamts einschließlich der Zollfahndungsdienste

Zugelassene Bewerber/-innen sind

- alle Angehörigen des Bezirks des Zollfahndungsdienstes
- alle Angehörigen der Bundesfinanzdirektionen und der Hauptzollämter, deren Behörde bzw. Dienstsitz (Arbeitsplatz*) im Bezirk der ausschreibenden Behörde des Zollfahndungsdienstes liegt; für Ausschreibungen des Zollkriminalamts sind dies alle

Angehörigen der Bezirks der Bundesfinanzdirektion West

- alle Angehörigen des Bildungs- und Wissenschaftszentrums, deren Dienstsitz im Bezirk der ausschreibenden Behörde des Zollfahndungsdienstes liegt.
- 3. Ausschreibung von Dienstposten des Bildungs- und Wissenschaftszentrums

Zugelassene Bewerber/-innen sind

- alle Angehörigen des Bildungs- und Wissenschaftszentrums sowie
- alle Angehörigen der Mittel- und Ortsbehörden, in deren jeweiligem Bezirk sich ein Dienstsitz des Bildungs- und Wissenschaftszentrums befindet.

Zudem wurde im Rahmen der erfolgten Zustimmung darum gebeten, parallel zu den Ausschreibungen von Dienstposten der Besoldungsgruppen A 6 bis A 8 die noch ausstehende Ausschreibung von Dienstposten der Besoldungsgruppen A 9g bis A 11 laufen zu lassen. Personalvertretungsrechtlich liegt die Zuständigkeit für die Auswahl bei den Bezirkspersonalräten.

Bearbeiter: Hecker

**Der Hauptpersonalrat hat angeregt, den Begriff „Dienstsitz“ um den Begriff „Arbeitsplatz“ zu erweitern, weil es durchaus Abweichungen geben könnte.*



Weiteres Rollout des IT-Verfahrens STRAF

Dem Hauptpersonalrat lag ein Antrag des Bundesfinanzministeriums zum weiteren Rollout des IT-Verfahrens STRAF vor. In die nächste Etappe sollten die Sachgebiete F der Hauptzollämter Braunschweig, Bremen, Dresden, Frankfurt (Oder), Hamburg-Stadt und Stralsund einbezogen werden.

Im Rahmen der Beteiligung lagen Stellungnahmen von örtlichen Personalräten vor, die insbesondere auf die immer noch fehlende Schnittstelle zum IT-Verfahren INZOLL und eine mögliche Verhaltens- und Leistungskontrolle bei der laut Verfahrens-

weisung vorgesehenen Auswertung der Auslastungslisten durch die Sachgebietsleiter eingingen.

Nach Prüfung der in den Stellungnahmen aufgezeigten Problemstellungen und Diskussion im Gremium ist der Hauptpersonalrat zu der Auffassung gekommen, dass bei der vorgesehenen Auswertung der Auslastungslisten, die bis zum in STRAF hinterlegten Teams durchgeführt werden kann, die Möglichkeit einer personenbezogenen Verhaltens- und Leistungskontrolle gegeben ist. Dies widerspricht dem § 12 der IT-Dienstvereinbarung.

Aus diesem Grund hat der HPR dem weiteren Rollout des IT-Verfahrens STRAF nicht zugestimmt und die Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung beim Bundesfinanzministerium aufgefordert, die Auswertungsmöglichkeiten bis zum Team nicht zuzulassen. Des Weiteren wurde Abteilungsleiter Hans-Joachim Stähr um Mitteilung des aktuellen Sachstands in der Frage der Einrichtung der Schnittstelle INZOLL und weiterer Schnittstellen (z.B. NIZZA) gebeten. Über die weitere Entwicklung werden wir berichten.

Bearbeiterin: Franze

Erweiterung der Fachanwendung AULA

Der Hauptpersonalrat hat dem Antrag zur Erweiterung/Weiterentwicklung der Fachanwendung AULA zugestimmt. Die Umsetzung wird

dem Bildungs- und Wissenschaftszentrum übertragen und soll im Rahmen eines Projekts erfolgen. Ein Vertreter des Hauptpersonalrats

wird in die Arbeit des Projekts eingebunden.

Bearbeiter: Höpfner

Leistungsbezahlung im Tarifbereich

Das Bundesinnenministerium will die Leistungsbezahlung für die Tarifbeschäftigten des Bundes evaluieren. Dies soll in zwei Schritten erfolgen:

Zunächst sollen alle abgeschlossenen Dienstvereinbarungen sowie Daten und Fakten zum Stand der Einführung ermittelt werden. Danach ist geplant, auf der Grundlage der Ergebnisse des ersten Schritts in ausgewählten repräsentativen Behörden unter wissenschaftlicher Begleitung Interviews zu ausgewählten Themenbereichen durchzuführen.

Wesentlicher Grund dieser Erhebung ist die Abkehr der Länder von der Leistungsbezahlung im Rahmen des TVöD und die bevorstehende Tarifrunde für die Beschäftigten des Bundes im Jahr 2010. Den Bundesressorts ist in diesem Zusammenhang ein Fragebogen zugeleitet worden, in dem folgende Basisdaten erfasst werden sollen:

- Rahmendaten zur Personalstruktur der Dienststelle
- Regelungen der Dienstvereinbarung zu Leistungszeitraum,

Bewertungsstufen und zum Entgeltvolumen

- Erfahrungen zur Leistungsfeststellung, zur Auszahlung des Leistungsentgelts und zu Beschwerden sowie
- Daten und Fakten zum Stand der Einführung und den Perspektiven der Dienststelle.

Die Beantwortung des Fragebogens und Übersendung der jeweiligen Dienstvereinbarung soll bis zum 30. April 2009 erfolgen.

Bearbeiter: Knechtel

Personalentwicklung der Tarifbeschäftigten in der Zollverwaltung

Das Bundesfinanzministerium hat im Rahmen eines Informationsaustauschs gegenüber dem Hauptpersonalrat einen kurzen Ausblick auf die Personalentwicklung der Tarifbeschäftigten gegeben. Nach Vorliegen aller Abfrageergebnisse der Bundesfinanzdirektionen auf Grundlage des am 17. März 2009 veröffentlichten Erlasses erfolgt durch das BMF eine

intensive Auswertung dieser Daten. Danach wird in Abstimmung mit dem Hauptpersonalrat eine gesonderte interne Ausschreibung von Arbeitsplätzen für Tarifbeschäftigte vorbereitet. Dies muss in enger Zusammenarbeit erfolgen, da gegebenenfalls Mitbestimmungstatbestände zu erwarten sind. Zur künftigen und weitergehenden Verfahrens-

weise ist die Meinungsfindung des Bundesfinanzministeriums noch nicht abgeschlossen. Ob generell zukünftig gesonderte Ausschreibungen für Tarifbeschäftigte erfolgen, bleibt abzuwarten. Das Bundesfinanzministerium hat zugesagt, die weitere Vorgehensweise mit dem Hauptpersonalrat abzustimmen.

Bearbeiter: Knechtel